

Führerin des Kontinents

Deuropa – Deutschland macht sich breit. Teil V und Schluß (2000–2011): Berlin beherrscht heute Europa, weil die Wehrmacht die besetzten Länder arm gemacht hat

Von Otto Köhler



Ein frisches Herz für die Kanzlerin? Angela Merkel konsultiert den erfahrenen Organhändler Hashim Thaci (Pristina, 19. Dezember 2011)
Foto: Reuters

Christfest 2011. Ulf Poschardt, inzwischen seriöser Vizechef der Welt – er wurde zu Beginn des Jahrtausends wegen des permanenten Abdrucks von Fälschungen als Chefredakteur des SZ-Magazins gefeuert –, verkündet allen ehrlichen Deutschen die frohe Botschaft: »2011 hat Deutschland in Europa die Führung übernommen, und kaum jemanden erschreckt das.«

»Was ist nur mit uns los?« Das fragt er. Und antwortet ohne Verzug: »Wir sind wieder wer.« Angefangen habe das mit einem »Wunder von Bern«. Damit meinte der Welt-Mann mutmaßlich ein vor ewigen Zeiten von einer westdeutschen Mannschaft gewonnenes Fußballspiel. Von da ab ging es mit dem »Wirtschaftswunder« aufwärts bis zur »Bunten Republik Deutschland« unter der Kanzlerin, der er bestätigt: »Die sachliche Art, mit der Angela Merkel die Führung Europas angegangen ist, läßt keinen Raum für chauvinistische Überheblichkeiten.«

Aber: Der »fehlende Respekt der Deutschen für Merkels Taten« macht ihm schon seit Wochen schwere Sorgen. »Kanzlerin Angela Merkel ringt momentan Tag und Nacht um die Rettung unseres Wohlstands. In Deutschland wird das nicht gesehen, geschweige denn wertgeschätzt.« Dieser verweigerte Respekt – Poschardt: »Es hat sich ein raunziger Ton eingeschlichen in die Kritik an Angela Merkel und ihrer Regierung, der etwas Anmaßendes hat« – muß ihr ans Herz oder an die Nieren gegangen sein. Jedenfalls konsultierte die Bundeskanzlerin unmittelbar vor den Weihnachtsfeiertagen den renommierten kosovarischen Organhändler Hashim Thaci und honorierte ihn angemessen für seine offenbar erfolgreichen Bemühungen: Berlin verweigert Serbien den versprochenen Status eines EU-Beitrittskandidaten.

Wir wissen: Um eine »humanitäre Katastrophe« abzuwenden – es gab kaum noch Organe auf dem freien Markt –, war Deutschland 1999 mit seinen Verbündeten im Kosovo einmarschiert. Seither genießen unsere Soldatinnen und Soldaten dort ein sehr ordentlich bezahltes und relativ ungefährdetes Leben unter dem Schutz der dankbaren kosovarischen Mafia.

Wer, wenn nicht wir?

Gerhard Schröder, der damit angefangen hatte, sagte: »Wir führen keinen Krieg.« Diese strenge Sichtweise hat sich inzwischen gelockert, aber man muß sie verstehen. Noch lange nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit gab es eine weitverbreitete Tabuisierung des Krieges, wie wir sie so aus der deutschen Geschichte nicht kennen. Michael Stürmer, diplomatischer Korrespondent der Welt und ein sehr verlässlicher Historiker – er weiß, daß in einem »geschichtslosen« Land die Zukunft gewinnt, wer »die Erinnerung füllt, Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet« –, hat zu dieser Tabuisierung des Krieges viel beigetragen. Ausgerechnet er, der heute durchaus Präsident des Alldeutschen Verbandes sein könnte, wenn es ihn noch als Organisation gäbe, hat wenige Tage vor der Wiedervereinigung zu einem programmatischen Termin eine programmatische Rede gehalten. Es war der 28. September 1990 – fünf Tage später wurde Deutschland wiedergeboren.

Michael Stürmer sprach an diesem Tag im Westberliner Interconti auf der Festveranstaltung zum 100jährigen Geburtstag des Gesamtverbands der Metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall). Doch der Historiker wußte: Dies ist nicht der Geburtstag von Gesamtmetall – der war schon am 19. März 1890. Dieser 28. September 1990 war vielmehr der 100. Geburtstag des von den Metallindustriellen gegründeten und finanzierten Alldeutschen Verbandes, auf den die meisten der gründlich durchdachten Expansionspläne für Deutschland zurückgehen. Das durfte fünf Tage vor dem Einheitsvollzug nicht laut gesagt werden. Und so meldete er – als Lehre von 100 Jahren Gesamtmetall – den heute eingelösten Anspruch an: »Als Händler und Manager, Unternehmer und Bankiers durften die Deutschen in der Tat die Vorherrschaft in Europa anstreben.« Mit einer Kautele: »Aber als Helden hätten sie es besser unterlassen.«

Das mußte Stürmer so sagen. Er war langjähriger Berater von Helmut Kohl, dem Kanzler der Einheit. Kriegerische Töne durfte sich Deutschland in dieser delikaten Situation von 1990 auf keinen Fall leisten. Das ist heute längst anders.

Am 10. Dezember 2011 schreibt Stürmer – »Krise und Krieg« – in der Welt den Leitartikel: »Das größte Potential für Krieg liegt gegenwärtig in der iranischen Atomrüstung.« Er sagt nicht Gefahr. Er sagt Potential. Er meint: Das ist entwicklungsfähig. Er sagt: Die iranische Atomrüstung – er erläutert: »Anders als in Sachen Irak 2002 handelt es sich nicht um ein Gespenst.« – verlange »nach einer entschlossenen Antwort«. Er mahnt: »Viel Zeit bleibt nicht.« Entweder »Präventivschlag« oder »härteste Sanktion«. Und fordert: »Bei all dem kommt Deutschland (...) die Schlüsselrolle zu.« Und er ermuntert: »Um den Ernstfall zu vermeiden, muß man ihn denken. Wann, wenn nicht jetzt? Und wer, wenn nicht wir?«

Umgangssprache Krieg

Ende des Kommentars. Anfang des Befehls an die Deutschen, wieder Helden zu werden. Deutschland sagt nicht mehr »humanitäre Hilfe«, »Brunnen bohren«, »Mädchenschulen bauen«. Nein, Deutschland sagt wieder Krieg, wenn es Krieg führt. Diese falsche Scham, sich zur natürlichen Tätigkeit unserer Soldatinnen und Soldaten zu bekennen, diese Scham überwunden zu haben, ist das – oder der? – lebenslängliche Verdienst des darob zurückgetretenen Bundespräsidenten Horst Köhler. Er hat das Tabu gebrochen und ausgesprochen, daß »militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren«, Krieg für »freie Handelswege« zum Beispiel. Und auch dem Freiherrn Karl Theodor zu Guttenberg kann keiner Feigheit vorwerfen. Vor den Leichen dreier seiner Soldatinnen und Soldaten bekannte er völlig unaufgeregt, man dürfe »umgangssprachlich von Krieg« reden.

Deutschland ist in seinem Umgang mit sich selbst und mit dem Rest der Welt wieder ehrlich geworden.

Seiner Tüchtigkeit im letzten Weltkrieg verdankt Deutschland den Wohlstand, der es vor den meisten Ländern Europas auszeichnet. Gewiß, auch Deutschland hatte nach seinem Völkerringen Inflation. Aber Deutschland hat dieses Problem mit der Währungsreform in offenem und ehrlichem Klassenkampf bewältigt: Die Ersparnisse der kleinen Leute wurden vernichtet, die Produktionsmittel blieben in der Hand der Größeren und jeder, ob nunmehr arm oder weniger arm, bekam 40 Deutsche Mark in die Hand gedrückt. Das lief in den meisten Ländern Europas anders.

Dort begann die Inflation früher und war weit schärfer. Sie wurde mit den deutschen Besatzungstruppen eingeführt. Der Berliner Historiker Werner Röhr (»Europa unterm Hakenkreuz«) stellte fest: »Die einseitig festgelegten Besatzungskosten bildeten in den meisten besetzten Ländern die wahrscheinlich schwerste wirtschaftliche Belastung. So zahlte Frankreich während der Okkupation insgesamt 42,544 Milliarden Reichsmark ›Besatzungskosten‹, die Niederlande 14,886 Milliarden Reichsmark und Belgien 5,576 Milliarden Reichsmark.«

Damals war eine Milliarde noch kein Spielgeld. Man muß die Milliarden in Relation zu den damaligen Verhältnissen stellen. Belgien beispielsweise zahlte insgesamt 69,7 Milliarden belgische Francs an Besatzungskosten, das waren 46 Prozent aller belgischen Staatsausgaben. Frankreich wurden die absolut höchsten Besatzungskosten auferlegt, täglich 20 Millionen Reichsmark. Italien wiederum hatte nach dem Abfall von den Deutschen im Verhältnis zu seiner volkswirtschaftlichen Leistungskraft die höchsten Besatzungskosten zu zahlen. Röhr: »Die Bestimmung des Kriegsvölkerrechts, die Besatzungsmacht habe bei ihren wirtschaftlichen Ansprüchen die Leistungsfähigkeit des Landes zu berücksichtigen, wurde nicht nur für die Besatzungskosten, sondern in jeder Hinsicht ins Gegenteil verkehrt.«

Es ging Großdeutschland keineswegs darum, die tatsächlichen Kosten der im Land unterhaltenen Besatzung abzudecken. Es ging darum, die Wirtschaftskraft dieser Länder zu vernichten, die Konkurrenz auszuschalten. Werner Röhr: »Die Entrichtung dieser ›Besatzungskosten‹ mußte in allen Ländern unweigerlich und zunehmend radikalisiert zur Inflation führen, zumal die bewußt ungünstige Zwangsfestsetzung des Umtauschkurses der Landeswährung zur Reichsmark diese Folge zusätzlich verstärkte. Die Höhe der Besatzungskosten wurde bewußt mit dem Ziel einer ›geordneten Schwächung‹ der Länder festgesetzt.«

Und so herrschte in Italien, Frankreich, Belgien und den meisten anderen von den Deutschen besetzten Ländern auch nach dem Krieg Inflation, während das besiegte Deutschland bald wieder prosperierte. Tatsächlich gehörte Westdeutschland, das mit seiner schnellen Währungsreform, die die kleinen Sparer enteignete und den Besitz von Sachwerten und Produktionsmitteln unangetastet ließ, wirtschaftlich zu den Gewinnern des Zweiten Weltkriegs. Die Sachwerte und Produktionsmittel waren zuvor – und viel davon war unentdeckt geblieben – aus ganz Europa zusammengeplündert worden.

Herrscher des Handels



Hitler in Athen – Adolf
Merkel, hormonbehandelt
(Plakat griechischer
Demonstranten, 28.
Dezember 2011)
Foto: Reuters

Es gab ein schnell verwirklichtes Programm zur weiteren Bereicherung Großdeutschlands, das hieß: »Ausbau des deutschen Clearing-Systems zu einem europäischen Zentralclearing.« Das hatte, wie der Handelspolitische Ausschuß der Reichsregierung bereits am 23. Juli 1940 formulierte, den Zweck, »die Verflechtung des deutschen Wirtschaftsraumes mit den Wirtschaftsräumen der (...) einzubeziehenden Länder durch eine Erleichterung des Zahlungsverkehrs zu fördern und zu vertiefen und damit die europäische Großraumwirtschaft organisch vorzubereiten. Insbesondere soll durch die Abwicklung einer größtmöglichen Zahl der zwischen den beteiligten Staaten sich vollziehenden Zahlungsvorgänge über die Konten der deutschen Verrechnungskasse die dominierende Stellung der Reichsmark weitgehend vorbereitet werden.«

Die Clearingverrechnung machte Deutschland zum Herrscher des Handels in Europa. Röhr: »Diese Clearingverrechnung lief de facto auf einen hochgradigen Pseudoaußenhandel hinaus. Die Lieferungen von Firmen aus den besetzten Ländern nach Deutschland wurden nicht direkt vom deutschen Empfänger bezahlt, sondern zunächst von der Regierung bzw. der Nationalbank des okkupierten Landes. Diese Vorauszahlungen sollten dann gegen deutsche Lieferungen verrechnet werden. Dieser Zahlungsverkehr sollte über ein bilaterales Clearingkonto erfolgen. Deutsche Empfängerfirmen zahlten ihre Preise ebenfalls bei der Deutschen Verrechnungskasse ein. Allerdings verwandte diese die eingezahlten Reichsmark-Beträge keineswegs zum Zahlungsausgleich, sondern zog sie größtenteils direkt zur Kriegsfinanzierung heran.«

Mit auch nur annähernd gleichberechtigten Handelsbeziehungen hatte das nichts zu tun. Deutschland holte aus den beteiligten Ländern, was es brauchte, und davon mehr und mehr. Und lieferte andererseits nur, was es für absolut entbehrlich hielt – und das, was für den Bedarf der eigenen Truppen in den besetzten Ländern notwendig war. Die Zentralbanken der besetzten Länder mußten immer mehr Vorschüsse für ihre Exportfirmen zahlen – aber ein Zahlungsausgleich mit Deutschland rückte in immer weitere Ferne.

Mit dem europäischen Zentralclearingsystem wurde auch der Zahlungsverkehr der besetzten, abhängigen und neutralen Länder untereinander über die Berliner Verrechnungskasse gelenkt. Damit kontrollierte Deutschland den Handel in Europa. Ende 1941 waren über 20 Staaten ins Zentralclearing in Berlin eingebunden. Röhr: »Das Zentralclearing fungierte so als ein Instrument der schrittweisen Durchsetzung der wirtschaftlichen Vorherrschaft im

›Großwirtschaftsraum‹ und schuf über die Regulierung des internationalen Zahlungsverkehrs Kontrolle und Herrschaft.«

Damals hatte Deutschland in ganz Europa abgeräumt, den Kontinent ausgeplündert und viele seiner Staaten durch Inflation für Jahrzehnte in Not und Elend gestürzt. Es selbst blieb dank dieser Ausbeutung und trotz aller selbstverschuldeten Zerstörungen für die Wenigen, auf die es ankam und die durch den Krieg reicher geworden waren, ein wohlhabendes Land.

Daran änderte gerade auch die Währungsreform von 1948 nichts. Diese Roßkur, die das erhaltene und durch Raubzüge vermehrte Produktivkapital völlig unangetastet ließ – vom Intermezzo der rasch revidierten Nürnberger Urteile gegen Wirtschaftsgrößen abgesehen –, und die andererseits die Sparvermögen der kleinen Leute und des Mittelstandes vernichtete, ermöglichte den Wiederaufstieg der Deutschen zum Herrenvolk in Europa. Der deutsche Wohlstand nach 1945 und Ludwig Erhards vermeintliches Wirtschaftswunder beruhen auf dem durch den deutschen Angriffskrieg verlorenen Wohlstand der Völker Europas.

Treuhand für die Griechen

Griechenland hatte es unter der deutschen Besatzung besonders hart getroffen, ein Grund mehr, es heute härter anzufassen. Das besorgte zunächst Deutschlands treuester europäischer Vasall, der alte Kohl-Freund und Luxemburger Ministerpräsident Jean-Claude Juncker. »Ich würde es sehr begrüßen, wenn unsere griechischen Freunde nach dem Vorbild der deutschen Treuhandanstalt eine regierungsunabhängige Privatisierungsagentur gründen würden«, erklärte er im Mai 2011 einem Interview mit dem Spiegel. Er warnte davor, bei einer Hilfsaktion die Banken mitzahlen zu lassen. Die finanzierten besonders gern deutsche Rüstungsexporte nach Griechenland. »Wir haben in Griechenland nicht unerhebliche ausstehende Forderungen«, klagte etwa Siemens-Vorstand Peter Solmssen. Das stimmt, seit das ehemalige Zentralvorstandsmitglied Volker Jung aus Griechenland geflohen ist und sich so einem seit 2009 anhängigen Verfahren wegen der Bestechung von Politikern und Beamten entzogen hat. Das Korruption unzulässig ist, hatte er als Siemens-Mann nicht wissen können.

Anfang Juli verlangte Juncker im Focus, die Souveränität Griechenlands müsse deutlich eingeschränkt werden, und wiederholte: Für die anstehende Privatisierungswelle benötige Athen eine Lösung nach dem Vorbild der deutschen Treuhand-Anstalt.

Welcher – das präzierte er nicht. Beide sind schlimm genug. So wie die erste, die Haupttreuhandstelle Ost, ab 1940 mit Polen umging, so hatten die Deutschen auch in Griechenland gewütet von April 1941 bis November 1944. Erfahrene Spitzenkräfte der deutschen Wirtschaft saßen in der Athener Zweigstelle des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im Oberkommando der Wehrmacht. Auf Grund seit längerer Zeit vorbereiteter Unterlagen hatte diese Wehrwirtschaftsorganisation die Aufgabe – so der Historiker und Griechenland-Experte Martin Seckendorf – »schnellstmöglich alles Brauchbare, alle Vorräte an Lebensmitteln, Treibstoffen, agrarischen und mineralischen Rohstoffen und Tabak sowie Bergbau- und Industriebetriebe zu erkunden und zu beschlagnahmen«.

Seckendorf hat an diesem Ort (jW-Thema, 6.4.2011) die nachhaltige Brutalität der deutschen Besatzung in Griechenland geschildert, den Raub der Rohstoffe, die aktive Deindustrialisierungspolitik, welche von den in Athen stationierten Vertretern deutscher Großkonzerne betrieben wurde.

Die Drachme haben die Deutschen auch kaputtgemacht. Ein Oka (1280 Gramm) Brot kostete

vor dem Einmarsch der Deutschen zehn Drachmen. Am 1. Januar 1944 zahlte man dafür 34000 Drachmen, an Hitlers 55. Geburtstag waren es 460000, und kurz vor dem Abzug der Deutschen am 10. September 1944 schon 400 Millionen Drachmen – so steht es im Abschlußbericht der deutschen Militärverwaltung.

Wiedergutmachung, Rückgabe des Geraubten sollte es erst nach einem Friedensvertrag nach der »Wiedervereinigung« geben. Daß der nicht zustande kam, dafür sorgte im Anschlußtaumel Helmut Kohl in den 2+4-Gesprächen.

Demokratie in Hellas – das hat man in Deutschland nie gern gesehen. Nach der Revolution gegen das Osmanische Reich wurde Griechenland 1830 ein selbständiger Staat. Aber dieser sollte, um Resteuropa kein schlechtes Beispiel zu geben, weder eine Republik noch eine Demokratie sein; die Deutschen schickten in Übereinstimmung mit den anderen europäischen Großmächten einen minderjährigen Bayernprinzen als König Otto I. Er marschierte mit 3500 bayerischen Soldaten ein. Und mußte nach einem Volksaufstand unter Mitnahme der Kronjuwelen und seines 50köpfigen Hofstaates 1862 nach Bamberg fliehen. Er verstieß allerdings gegen das – wir kommen gleich drauf – Kauder-Gebot: Zwischen sechs und acht Uhr hatte jeden Abend der gesamte Hofstaat griechisch zu sprechen.

Europa kuscht

Die vergangenen zwei Jahre schwarz-gelber Koalition brachten auch einen beachtlichen kulturellen Fortschritt für den ganzen Kontinent. »In Deutschland ist es üblich, daß man deutsch spricht«, erläuterte im September 2009 der neue Außenminister Guido Westerwelle, bevor er sein Amt antrat, auf einer großen internationalen Pressekonferenz einem britischen Journalisten und mahnte: »In Deutschland spricht man deutsch.« Damit das auch gleich klar sei, erlaubte er, anderswo dürfe man englisch sprechen. Und gab zu bedenken: »Aber, es ist Deutschland hier.« Das war so kleinmütig wie inzwischen seine ganze Zweiprozentpartei. Richtig dagegen ist die deutliche Ansage des CDU-Fraktionschefs Volker Kauder: »In Europa wird wieder Deutsch gesprochen.«

So laut sprach man früher nicht: »Wenn wir den europäischen Kontinent wirtschaftlich führen wollen, wie dies aus Gründen der wirtschaftlichen Stärkung des europäischen Kontinents als Kernraum der weißen Rasse unbedingt erforderlich ist und eintreten wird, so dürfen wir aus verständlichen Gründen diese nicht als eine deutsche Großraumwirtschaft öffentlich deklarieren. Wir müssen grundsätzlich immer nur von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst.« Solche Rücksichtnahme auf fremde Empfindlichkeit, wie sie hier noch 1940 der Lübecker Chemieindustrielle und außenpolitische Amtsleiter der NSDAP-Reichsleitung Werner Daitz zeigte, hatte Kohl-Berater Michael Stürmer am 100. Geburtstag der Alldutschen nicht mehr nötig, als er öffentlich deklarierte: »Deutschland wird, seit dem 9. November 1989 noch verstärkt durch staatliche Wiedervereinigung, Konsortialführer der europäischen industriellen Demokratien.«

Anstößig an Stürmers Redeweise ist allerdings der unbedachte Gebrauch der Vokabel »Demokratie«, zumal dieses Wort aus dem Griechischen kommt. So etwas sagt man nicht. Und denkt es schon gar nicht. Erinnern wir uns nur an die Empörung, die der griechische Ministerpräsident Georgios Papandreou mit seiner plötzlichen Idee einer Volksabstimmung in ganz Berlin hervorrief. »Will uns der Griechen-Premier verarschen?« fragte Bild. Papandreou zog sein Ansinnen sofort zurück und sich selbst aus dem Verkehr seriöser Staatsmänner.

Entscheidungsberechtigt sind in Deutschland die Großbanken. Nicht den Millionen Bürgern

Europas steht die Herrschaft über ihren Kontinent zu, sondern den Milliarden der Banken. Angela Merkel hat das sehr sinnfälligerweise zum Ausdruck gebracht, indem sie ihr Bundeskanzleramt als Partystätte dem Deutschbankier Josef Ackermann für seine Geburtstagsfeier überließ.

Das auf dem ganzen Kontinent tätige Haus Springer hatte zum Weihnachtsfest den hinreichend erwähnten Poschardt losgeschickt, um Europa zu beruhigen, auf daß es sich nicht erschrecke vor der deutschen Führungsrolle. Das war eine schöne Geste für die Feiertage. Zuvor hatte die Welt ein wahres Trommelfeuer eröffnet gegen jeden Widerstand, der sich irgendwo bemerkbar machen könnte. Ende November: »Jetzt regiert Angela Merkels harte Hand Europa.« Und zwar so: »Wenn die gemeinsame Währung weiter bestehen sollte – und die Chancen dafür stehen nicht so schlecht –, wird Europa deutscher werden. Mehr Kontrolle, mehr Disziplin und härtere Strafen.« Und Mitte Dezember: »USA zittern vor dem ›Tempo‹ der Eisernen Kanzlerin.«

Richtig, US-Präsident Barack Obama wendet sich mehr und mehr von Europa ab. Im Sommer bei einem Staatsempfang zu Ehren Angela Merkels im Rosengarten des Weißen Hauses sagte er ihr, warum: »Europa braucht einen Führer – und das bist du.« Sie ist die Führerin seines Vertrauens.

Otto Köhler veröffentlichte zuletzt eine wesentlich erweiterte Neuauflage seines Treuhand-Buches »Die Große Enteignung« (Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2011)